

# Reflexe

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **18.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## REFLEXE

Als erster Kanton hat **Baselland** mit «**Le Patriarche**» eine Vereinbarung abgeschlossen. Mittels dieser Vereinbarung sollen klare Richtlinien für die Zusammenarbeit aller Beteiligten sowie für die Rechte und Pflichten der Eingewiesenen festgelegt werden. Als Hilfe für die Gemeinden hat der Kanton einen Mustervertrag ausgearbeitet, der den Aufenthalt von Drogenabhängigen bei «**Le Patriarche**» regelt. Gemäss dem basellandschaftlichen Drogendelegierten, Georges Krieg, sei die Vereinbarung in erster Linie aufgrund von negativen Reaktionen von Fachleuten am Patriarche entstanden. Obwohl der Kanton mit der Organisation neben sehr guten auch einige schlechte Erfahrungen gemacht habe, hätten die untersuchten Rückmeldungen in keinem Fall üble Missstände aufgezeigt. Basellandschaftlich Zeitung, 9.2.94

## REFLEXE

Nicht ganz so positiv wird «**Le Patriarche**» in **Luzern** beurteilt. Eine Interpellation, die namens der Fraktion des Grünen Bündnis Luzern eingereicht worden war, verlangte die Aufklärung der Bevölkerung über die Methoden der Organisation. Stadtpräsident Franz Kurzmeyer bezeichnete «**Le Patriarche**» in seiner Antwort als politisch extrem rechtsstehend und fügte hinzu, dass zu den angewandten Methoden auch physische und psychische Gewaltanwendung gehörten. Er stützte sich bei dieser Beurteilung auf die Stellungnahme der Schweizerischen Sanitätsdirektoren-Konferenz. An positiven Punkten sei zu vermerken, dass die Organisation niederschwellig und kostengünstig sei. Auf die Forderung, das Geld sammeln durch MitarbeiterInnen von «**Le Patriarche**» zu verbieten, ging Kurzmeyer nicht ein. Er sei im Zweifel für die Freiheit, was aber nicht heisse, dass er damit die Organisation fördern wolle. Luzerner Tagblatt, 28.01.94

## REFLEXE

In **St.Gallen** wurde die Drogenszene mit der Schliessung des «**Schellenacker**» und dem Ein-

satz des Drogendetachements der Stadtpolizei nach Schätzungen der Behörden ungefähr um die Hälfte reduziert. Da die Zahl der abgegebenen Spritzen im gleichen Zug von 2'000 auf 600 zurückging, will der Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Stiftung Hilfe für Drogenabhängige am Bahnhof und am Marktplatz zwei **Spritzenautomaten** aufstellen. Dieser Entscheid brachte sofort eine Allianz von Geschäftsleuten und Privatpersonen auf den Plan, die in einem Brief an den Stadtrat gegen die Automaten protestieren. Sie befürchten unter anderem eine Verlagerung der Drogenszene ins Stadtzentrum, Umsatzeinbussen der umliegenden Restaurants und Geschäfte und die Beeinträchtigung der hygienischen Qualität der in der Gegend verkauften Lebensmittel. St.Galler Tagblatt, 16.2.94 und 19.2.94

## REFLEXE

Im **Kanton Luzern** beantragt die Regierung nach der Ablehnung des Fixerraumes durch den Souverän, dass der bereits gesprochene kantonale Kredit zur Beendigung des Projektes und zur Stärkung der Überlebenshilfe eingesetzt werden soll. Die Gassenküche «**Chuchi**», das Krankenzimmer für Obdachlose, das Drop-In und der Spritzenaustausch sollen mit Beträgen zwischen 20'000 und 40'000 Franken dahingehend unterstützt werden, dass sie dem vermehrten Druck auf der Gasse nach der Schliessung des Fixerraumes Ende März standhalten können. Die vorberatende Kommission des Grossen Rates unterstützt den Antrag des Regierungsrates und fordert gleichzeitig in einer Motion die Schaffung eines «**Kantonales Konzeptes Überlebenshilfe**», welches die dezentralisierte Überlebenshilfe im Kanton verbindlich regeln soll. Luzerner Zeitung 18.1.94

## REFLEXE

Nachdem sie sich im Frühling 92 noch gegen einen **Fixerraum** aus gesprochen hatte, will die Stadtregierung von **Thun** der Stiftung Contact nun eine Liegenschaft zur Einrichtung einer Anlaufstelle für Drogenkonsumierende mit Fixerraum zur Verfügung stellen. Gemeinderat Hans Peter

Schüpbach sieht den Fixerraum als Ergänzung zum ärztlich kontrollierten Drogenabgabeversuch, der in Thun in den nächsten Monaten anlaufen soll, und erklärt, dass sich die Stadt mit insgesamt rund 50'000 Franken am Projekt beteiligen will. Die Stiftung Contact hat zudem an den Kanton ein Subventionsgesuch über 994'000 Franken gestellt, welches den Betrieb in den ersten drei Jahren sichern soll. Bund, 16.2.1994

## REFLEXE

Gänzlich gegen einen Fixerraum in seiner Stadt eingestellt ist der **Bieler Fürsorgedirektor Hans Rudolf Aerni**. Aerni, der Drogensucht und Aids gerne als «**Seuche wie im Mittelalter die Pest**» bezeichnet, spricht sich für die Stärkung der Familie aus und will den Schwerpunkt der Bieler Drogenpolitik generell «weg von der reinen Überlebenshilfe... hin zur Prävention lenken». Diese Haltung wird innerhalb der für die Drogenpolitik massgebenden Fürsorgedirektion offenbar nicht vorbehaltlos geteilt, denn der bisherige I. Direktionssekretär Felix Wolfers und der Drogenspezialist der Stadtverwaltung, Martin Stalder, reichten ihre Kündigung ein.

Immerhin unterstützt Aerni die geplante Methadonabgabestelle, «solange sie klar den Entzug zum Ziel hat.» In der am Zürcher Projekt «**Zokl I**» orientierten Abgabestelle sollen bis 300 MethadonbezüglerInnen versorgt werden können, was die methadon-abgebenden ÄrztInnen und Apotheken von Biel und Umgebung entlasten würde. Bund, 12.2.94

## REFLEXE

Ebenfalls das Schwergewicht auf die Prävention legen will **US-Präsident Bill Clinton**. Im Gegensatz zum Bieler Fürsorgedirektor Aerni will er das Geld jedoch nicht bei der Überlebenshilfe abzwacken – es gäbe in den USA da wohl auch nicht viel abzwacken – sondern beim Kampf gegen Drogenhändler. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur DPA sollen mit den veranschlagten 13,3 Milliarden Dollar in erster Linie die Präventionsbemühungen verstärkt und 140'000 Drogenabhängige (Originalton DPA: «Suchtabhän-

gige») zum Ausstieg bewegt werden. BaZ, 11.2.94

## REFLEXE

An einer Tagung haben sich die **Europäischen FachministerInnen** mit der **Drogenpolitik** auseinandergesetzt. Wie in den USA ist auch in Europa eine zunehmende Bereitschaft festzustellen, die **Repressionspolitik** zu **lokern**; so wurde unter anderem gefordert, dass in Zukunft der Aufwand für die Prävention und den Schutz der Süchtigen demjenigen der Bekämpfung von Handel und Konsum angeglichen werden soll. Ausschlaggebend diese Einsicht ist die Frustration der Fahnder, die nachwievor lediglich geschätzte 5 bis 15 Prozent aller gehandelten Drogen beschlagnahmen und zudem durch die politischen Veränderungen im Osten mit immer neuen Nachschubrouten konfrontiert werden. Der Generalsekretär von **Interpol** setzte sich neben seiner Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit im Fahndungsbereich denn auch für eine **Entkriminalisierung** der Drogenkonsumierenden ein. Die in mehreren Ländern noch immer ausgeübte kompromisslose Repressionspolitik sei aus polizeilicher Sicht ein völliger Fehlschlag. LNN, 4.2.1994

## REFLEXE

Gegen den **kolumbianischen Staatschef César Gaviria** ist eine Verfassungsklage erhoben worden, weil er die Präsenz von 260 US-Militäringenieuren bewilligt hatte, ohne die Zustimmung der Legislative einzuholen. Die Opposition und Teile der Bevölkerung vermuten, dass die Amerikaner weniger wegen ihres offiziellen Auftrages zur sozialen Hilfen in Kolumbien sind als zur Planung von verdeckten Aktionen gegen Rauschgiftmafia und linksradikale Guerilleros. Eine Verurteilung von Gaviria wird aufgrund der Kräfteverteilung im Parlament als unwahrscheinlich angesehen; sie hätte die sofortige Amtsenthebung zur Folge. TA, 11.2.94

## REFLEXE

Das deutsche Bundesgesundheitsamt (BGA) hat den **Antrag der Stadt Frankfurt**, im Rah-

men eines wissenschaftlichen Versuches **Heroin an Drogenabhängige** abzugeben, **abgelehnt**. Der Antrag erfülle die gesetzlichen Voraussetzungen nicht; ausserdem sei die Gefahr einer Überdosierung mit Todesfolge nicht auszuschliessen. Diese Begründung wurde vom Präsidenten des Frankfurter Amtsgerichtes, Manfred Wick, als «völlig lebensfremd» bezeichnet. Der Richter zeigte sich im übrigen «entsetzt» über den Entscheid des BGA. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.1994 und 25.1.1994

## REFLEXE

Die Schweizerische Depeschagentur berichtet, dass der Drogenkonsum unter US-Jugendlichen im letzten Jahr zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder zugenommen habe. Eine Untersuchung der Universität Michigan, für die 51'000 OberschülerInnen befragt wurden, habe unter anderem ergeben, dass der Konsum von Kokain von einem Viertel der Jugendlichen als ungefährlich bezeichnet wurde. 80% der Befragten hätten nach eigenen Angaben schon Alkohol getrunken. BaZ, 2.2.94

## REFLEXE

Die Nachrichtenagentur DPA zitiert das US-Ärztjournal «Jama», gemäss welchem zwei Studien belegen, dass die **Abgabe kostenloser Spritzen** den Drogenkonsum nicht fördert. Im Gegenteil: In San Francisco reduzierten die Drogenkonsumierenden die Zahl ihrer Injektionen im Verlauf der einen Studie im Schnitt von 1,9 auf 0,7 pro Tag. BaZ, 13.1.1994

## REFLEXE

Die Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) hat errechnet, dass in der Schweiz rund 1,5 Millionen Menschen alkoholgefährdet sind und zirka 150'000 Menschen als AlkoholikerInnen bezeichnet werden müssen. Etwa jeder vierte Mann trinkt täglich Alkohol und nur 10% sind abstinent; bei den Frauen sind die Verhältnisse genau umgekehrt. Landesweit trinken 18% der 15- bis 74-Jährigen täglich Alkohol; in der Deutschschweiz sind es 15%, in

der Romandie 22% und im Tessin gar 36%. Luzerner Zeitung 19.1.94

## REFLEXE

Der **Winterthurer Stadtrat** hat auf die zahlreichen Proteste gegen seine Repressionspolitik gegenüber Cannabiskonsumierenden reagiert: Ende Januar wurden an einer Standortbestimmung neue Leitlinien veröffentlicht, gemäss denen die verschärfte polizeiliche Repression vermehrt den Händlern von harten Drogen gelten soll. Bei weichen Drogen soll es nur noch zu Verzeigungen kommen, wenn der Konsum oder Besitz «offensichtlich» ist. Gleichzeitig legt der Stadtrat grössten Wert auf korrektes und verhältnismässiges Auftreten der Polizei. NZZ, 27.1.94

## REFLEXE

Eine Umfrage des Tages-Anzeigers im Vorfeld der Stadtratswahlen zeigte, dass die BewohnerInnen der Stadt **Zürich** im Vergleich zu einer ähnlichen Umfrage 1990 gegenüber einer **staatlichen Drogenabgabe** positiver eingestellt sind: Während vor 4 Jahren noch 31% prinzipiell gegen eine solche Abgabe waren, sind es noch 24%. 72% sind 1994 sehr oder eher dafür, während es 1990 noch 63% waren.

In Bezug auf die offene Drogenszene finden fast drei Viertel der Befragten, dass zu wenig gegen die Verelendung der Drogenkonsumierenden unternommen werde, und gleichviele sind der Meinung, dass die Bevölkerung besser vor der Szene geschützt werden sollte.

Der Vorschlag von Stadträtin Lieberherr, an der Peripherie Grossgassenzimmer zu errichten, wird von 49% eher befürwortet und von 43% eher abgelehnt. TA, 2.2.94

## REFLEXE

Nach dem 1993 gegründeten Verein für ein drogenfreies Fricktal wurde im Januar ein **Überparteiliches Komitee für ein drogenfreies Wynen- und Seetal** gegründet. Während jenseits der Jurakette die Autopartei federführend ist, sind es im Aargauer Mittelland die Schweizer Demokraten, die den Ton ange-

ben. Die beiden Gruppierungen wehren sich in erster Linie gegen staatliche Drogenabgabe und die Legalisierung von harten und weichen Drogen. Suchtunterstützende Bestrebungen seien gemeingefährlich, absurd und zudem Ausdruck eines bereits sehr weit fortgeschrittenen geistig-moralischen Zerfalls. Aargauer Tagblatt, 20.1.94

## REFLEXE

Die **Grüne Partei Schweiz (GPS)** bezeichnet die Sicherheitskampagne der bürgerlichen Parteien als Schaumschlägerei und fordert ein departementsübergreifendes Gesamtkonzept zur inneren Sicherheit. Zur Verminderung der Beschaffungskriminalität und zur Entlastung von Polizei und Gerichten schlagen die Grünen eine breitgefaste staatliche Drogenabgabe und die Legalisierung der weichen Drogen vor. Tagesanzeiger, 15.2.94

## REFLEXE

Die neue **Drogendatenbank DOSIS**, die zur Zeit im Versuchsbetrieb steht, kann erst an die kantonalen EDV-Systeme angeschlossen werden, wenn ein entsprechendes Gesetz dazu vorliegt. Dies hält der Bundesrat in seiner Antwort zu einer Anfrage des St.Galler SP-Nationalrats Paul Rechsteiner fest. Die formelle Rechtsgrundlage soll dem Parlament noch in der ersten Hälfte dieses Jahres vorgelegt werden. Plädoyer 1/94

## REFLEXE

Der Regierungsrat des **Kantons Zug** will gemäss seinem Papier zur Umsetzung des zugerischen Drogenkonzeptes, die finanziellen Zuständigkeiten in der kantonalen Drogenarbeit neu regeln. Der Kanton zeigt sich für die Prävention zuständig und übernimmt die Hälfte der Kosten in den Bereichen Beratung, Entzug und Rehabilitation; die Gemeinden sind für die Überlebenshilfe verantwortlich. Im Gegenzug für die zu erwartenden Einsparungen will der Kanton die Stelle **«Suchtprävention»** von 80% auf 180% aufstocken und eine 100%-Stelle für eine **kantonale Drogendelegierte** schaffen. Ein neues Gremium mit dem Namen **«Drogenkonferenz»**,

bestehend aus VertreterInnen des Kantons und der Gemeinden, soll die Koordination in der zugerischen Drogenhilfe zusätzlich verbessern. Luzerner Zeitung, 22.2.94; TA, 22.2.94

## REFLEXE

Mit einem Aktions- und Protesttag machten BewohnerInnen des Zürcher Kreises 5 auf den **zweiten Jahrestag der Platzspitzschliessung** aufmerksam. Was früher der Platzspitz gewesen sei, sei heute das ganze Quartier. Die organisierende «Internationale Aktionsgruppe Menschenrechte im Kreis 5» verlangte die Aufhebung der offenen Drogenszene im Quartier. «Ausschliesslich repressive Massnahmen» bringen nach Ansicht der Gruppe keine Verbesserungen. TA, 7.2.94

## REFLEXE

Mit uniformierten, unbewaffneten Doppelpatrouillen will die Stadt Zürich im Kreis 5 die **Tramzüge** der Linien 4 und 13 **sicherer** machen. Dies geschieht als Reaktion auf die gesunkenen Passagierzahlen auf diesem Teilstück und sei, so der zuständige Stadtrat Thomas Wagner, weder Effekthascherei noch Wahlkampfaktik. TA, 11.2.94

## REFLEXE

Die **Sozialwerke Pfarrer Ernst Sieber** bieten in einem stillgelegten Gasthof in Ramsen (SH) ausstiegswilligen und obdachlosen Drogenabhängigen die Möglichkeit, nach dem körperlichen Entzug in einer Gemeinschaft zu leben, die längerfristig selbsttragend werden soll. Der «Spiesshof» umfasst ein Restaurantgebäude mit 18 Zimmern, ein Bauernhaus und ein Nebengebäude für Werkstätten. Zürichsee-Zeitung, 14.1.94

## REFLEXE

Gemäss einer Nachricht der Nachrichtenagentur AP deckte das Grenzwachkorps im letzten Jahr 1153 **Drogenschmuggelfälle** auf; das entspricht einer Steigerung um 16%, wobei die Menge der konfiszierten Drogen zurückging. Beschlagnahmt wurden 218 Kilo Cannabis (Vorjahr: 362), 46 (80) Kilo Heroin und 170 (195) Kilo Kokain. TA, 15.1.94 ■